

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 03/2017



DARUM GRÜN.



Foto: Armin Rögel

Sauber Autofahren ab 2030

Der Programm-Parteitag hat entschieden: Ab 2030 sollen alle Neuwagen abgasfrei sein. Das ist gut für unser Klima und rettet die deutsche Autoindustrie. Wie soll das funktionieren?

Kaum ein Geräusch. Der neue Wagen gleitet nahezu lautlos die Bahnhofstraße entlang. Obwohl vorne und hinten noch viele andere Autos fahren, sind die Rufe der Jungs vom Fußballplatz deutlich zu hören. So könnte Autoverkehr 2030 aussehen. Die deutschen Innenstädte hätten sich verändert. Es wäre leiser und vor allem sauberer. Die Zeiten, in denen die Motoren unsere Städte verpesten und das Klima erhitzen, wären vorbei. Außerdem sichern wir langfristig so den Autostandort Deutschland und damit hunderttausende Arbeitsplätze.

Nur Neuwagen müssen ab 2030 emissionsfrei sein

So könnte es sein. Der Programm-Parteitag hat entschieden: Ab dem Jahr 2030 wollen wir nur noch abgasfreie Neuwagen zulassen. Das ist eine mu-

tige Vision. Denn heute gibt es noch nicht viele Elektroautos auf deutschen Straßen. Aber unsere Erde braucht mutige Politik. Von Jahr zu Jahr wird unser Planet heißer. Von Jahr zu Jahr wird der Kampf gegen die Klimaerwärmung drängender. Wir müssen jetzt etwas ändern. Wir brauchen jetzt mutige Ideen.

Aber es geht uns nicht nur um die ferne Zukunft. Für Deutschland, seine Wirtschaft und die Autoindustrie bieten sich schon heute riesige Chancen. Noch können wir Vorreiter für die ökologische Modernisierung werden, intelligente Technologien nutzen und damit die modernsten Autos der Welt bauen. Wir Grüne wollen dafür jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Denn die Nachfrage nach neuen, emissionsfreien Autos beschleunigt sich rasant. Mit Macht streben deshalb neue Unternehmen aus China und den

USA auf den Automobilmarkt, die ausschließlich auf emissionsfreie Antriebe setzen. Deutschland darf nicht weiter den Anschluss verpassen.

Deutschland kann die modernsten Autos bauen

Wie sieht es hier aus? Der Bundestag hat das Klimaabkommen von Paris ratifiziert. Spätestens jetzt müssen klimafreundliche Taten folgen. Dazu gehört auch der Straßenverkehr. Die Autoindustrie schlägt sich währenddessen mit den Folgen des Diesel-Skandals herum. Ein Fehler, der viel Geld gekostet hat, das besser in saubere Technologien und neue Mobilitätsdienstleistungen investiert worden wäre.

**Fragen und Antworten:
Sauber Autofahren ab 2030
unter
[www.gruene.de/themen/
klima-schuetzen/sauber-
autofahren-ab-2030.html](http://www.gruene.de/themen/klima-schuetzen/sauber-autofahren-ab-2030.html)**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in turbulenten Zeiten. Die Wirtschaft wächst, aber die Gletscher schmelzen. Deutschland ist ein reiches Land, aber jedes fünfte Kind lebt in Armut. Unsere Gesellschaft ist tolerant und frei, aber gleichzeitig droht die Rückkehr von Engstirnigkeit und Nationalismus. Den meisten Menschen geht es gut, aber nicht allen. Und viele fragen sich: Tun wir heute genug für ein gutes Morgen?

Es ist Zeit, voranzugehen. Anpacken statt Aussitzen. Für eine mutige grüne Politik. Dafür machen wir Ihnen ein Angebot: Wir stehen für echten Klimaschutz und führen Integration zum Erfolg. Wir machen unsere Gesellschaft gerechter und kämpfen gegen Kinderarmut. Wir stehen für eine Politik, die die Auseinandersetzung nicht scheut. Wir zeigen klare Kante gegen diejenigen, die unser Land spalten wollen. Grün ist die Triebkraft für ein gutes Morgen.

Diese Wahl entscheidet, welche Richtung unser Land in Zukunft nimmt. Starke Grüne sorgen dafür, dass unser Land klaren Kurs nimmt: in Richtung Menschlichkeit und ökologischer Vernunft.

Deshalb am 24. September: Zweitstimme GRÜN!



Sebastian Girrullis, Vorstandssprecher KV Oberhausen



**UMWELT IST
NICHT ALLES.
ABER OHNE UMWELT
IST ALLES NICHTS.**



DARUM GRÜN.

**Jetzt Briefwahl
anfordern!**



**GESUNDES
ESSEN
KOMMT
NICHT AUS
EINER
KRANKEN
NATUR.**

DARUM GRÜN.

Im Interview: Unser Bundestagskandidat

Patrick Voss

Patrick Voss ist einer der jüngsten Bundestagskandidaten Deutschlands. Mit 18 Jahren kandidiert er für die Grünen in Oberhausen und Dinslaken. Wir haben mit ihm über seine Ideen, Ziele und Gründe für die Kandidatur gesprochen.

Du hast schon mit 14 Jahren angefangen, dich politisch zu engagieren. Was hat dich damals in so jungem Alter dazu bewogen?

Über die Zeit habe ich mich immer mehr mit den Themen beschäftigt, die mir wichtig waren und da für mich damals Umweltschutz das größte Thema war, hab ich schon länger mit den Grünen sympathisiert. Bevor ich Mitglied der Grünen Jugend geworden bin, hat der Bundestagswahlkampf begonnen und das war dann der Moment, in dem ich mir sagte: „Ich bin bereit, ich möchte etwas bewegen und deshalb werde ich Mitglied.“ Aber auch wegen anderer Positionen der Grünen.

Zum Beispiel?

Die Grünen sind ja nicht nur Partei des Umweltschutzes. Sie stehen auch für soziale Gerechtigkeit, sind Partei der Freiheit, des Datenschutzes und antreibende Kraft. Als die Grünen vor vielen Jahren das Ziel formuliert haben, bald schon mehr Energie aus erneuerbaren Quellen zu produzieren als aus fossilen Ressourcen und Atomkraft, wurden sie nur belächelt. Stabile Stromversorgung aus erneuerbaren Energien? Das sei ja utopisch und gar nicht möglich. Heute haben wir einen Anteil von 31,7 Prozent erneuerbare Energien und die befürchteten Stromausfälle sind nicht eingetreten. Die Grünen sind eine Partei voller

Visionen und Ideen für eine bessere Welt und nicht Verfechter des „Weiter so“.

Auf deinem Wahlplakat steht „Für frischen Wind und saubere Luft“. Was ist der Hintergrund dieses Slogans?

Ich bin ein junger Kandidat und möchte vor allem zeigen, dass Politik nicht nur etwas für Leute Ü40 ist, sondern auch ganz besonders für junge Menschen. Heutige Fehlentwicklungen beeinflussen die junge Generation ganz besonders. Ich möchte junge Menschen für Politik begeistern, ihnen zeigen, dass man als junger Mensch eine Chance in der Politik hat oder sie wenigstens zur Wahlurne bringen. Ganz besonders in der jungen Altersgruppe ist die Nichtwählerquote zu hoch. Und klar, wenn ich gewählt werde, bringe ich noch mal ganz andere, frische Impulse in den Bundestag, die jetzt jemand der schon 20 Jahre an Bord ist, nicht einbringen würde.

Saubere Luft ist lebensnotwendig. Dennoch ist die Luft an vielen Stellen stark verschmutzt. Oberhausen und Dinslaken haben beide mit massiver Luftverschmutzung zu kämpfen. Das ist eine immense Gefahr für die Gesundheit. Deutschlandweit sterben 7000 Menschen pro Jahr alleine durch Abgase von Autos und LKW. Wir müssen handeln, damit das in Zukunft weniger wird.

7000 Tote, das sind etwa doppelt so

viele wie durch Verkehrsunfälle. Was schlägst du vor, um das Problem in den Griff zu bekommen?

Erstens müssen wir dafür sorgen, dass die aktuellen Fahrzeuge die gesetzlichen Grenzwerte einhalten. Damit dies geschieht, braucht es Nachrüstung der Hardware. Bezahlen sollen dies die Hersteller. Sie sind schließlich für die Überschreitung verantwortlich. Zweitens sollen Elektroantriebe stärker gefördert werden, um weniger Emissionen in den Städten zu verursachen. Drittens müssen ÖPNV und Radverkehr attraktiver gemacht werden, damit mehr Menschen freiwillig vom Auto auf Alternativen umsteigen. Dadurch bekämpfen wir auch effektiv Staus. Nur so können wir, wenn wir Fahrverbote vermeiden wollen, die Luft wieder sauber bekommen.

Nun zu dir. Beantworte folgende Fragen mit maximal drei Wörtern:

Liebungsverkehrsmittel?

Bus, Bahn, Fahrrad.

Lieblingssport?

Schwimmen.

Lieblingsort?

Slinky Springs to Fame.

Und: Was ist für dich Grün?

Gerechtigkeit, Umweltschutz, Vielfalt.



Fragen an unseren Kandidaten? Schreiben Sie ihm einfach eine Nachricht an die mobile Nummer: 0162-3662649

Patrick Voss ist auch in den Sozialen Medien zu finden:

Facebook: [fb.com/PatrickVossOffiziell](https://www.facebook.com/PatrickVossOffiziell)

Twitter: [@Patrick_Voss_](https://twitter.com/Patrick_Voss_)

Instagram: [@Patrick_Voss_](https://www.instagram.com/Patrick_Voss_)

Snapchat: [vosspatrick](https://www.snapchat.com/add/vosspatrick)



Ein solidarisches Sicherungssystem und eine starke Wirtschaft bedingen sich gegenseitig. Wir setzen auf eine Wirtschaft, die fair und stabil, innovativ und voller Gründergeist ist. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir ergreifen und diese Umwälzung so gestalten, dass sie allen nutzt. So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie, die durch Ungerechtigkeiten und Abstiegsängste gefährdet sind. Wir wollen, dass alle an die Möglichkeiten in unserem Land glauben – und sie auch tatsächlich nutzen können.

Foto: Armin Röpell

WIR GESTALTEN DIE DIGITALISIERUNG

Smartphones, 3-D-Drucker, Liefer-Apps, Online-Handel und Share Economy – schon heute verändert die digitale Revolution unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt und unseren Alltag grundlegend.

Vieles spricht dafür, dass sich dieser Prozess noch einmal beschleunigen wird. Selbstfahrende Autos sind vielleicht schon in wenigen Jahren auf der Straße, am Horizont winkt künstliche Intelligenz. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Denn wir sehen viele Chancen und Möglichkeiten durch die Digitalisierung, die wir ergreifen wollen.

Wir wollen neue, gute Jobs in neuen Arbeitsfeldern fördern. Wir wollen die ökologischen Möglichkeiten nutzen, die sich für die Energie- und Verkehrswende durch intelligente Steuerung, Automatisierung oder Vernetzung ergeben. Für all das werden wir die richtigen Weichen stellen. Wir wollen alle ermuntern und fördern, die den Mut haben, etwas Neues zu wagen. Und wir wollen diejenigen unterstützen, deren Arbeitsplätze oder deren Zukunft bedroht sind. Denn zugleich wirft

dieser Wandel ethische Fragen auf und erzeugt enormen Anpassungsdruck etwa im Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsystem. Hier braucht es eine gesamtgesellschaftliche Debatte für umfassende Lösungsansätze.

Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden, Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem Ressourcenmangel einiges im Argen liegt. Wir wollen Ordnung in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft krisenfester und dynamischer wird. Dafür brauchen wir eine öffentliche Hand, die auch gegenüber Konzernen durchgreifen kann, um für fairen Wettbewerb, den Schutz der Verbraucher*innen und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.

Es ist uns wichtig, die Digitalisierung mit klaren Regeln so zu gestalten, dass die Vorteile nicht nur wenigen in unserer Gesellschaft zugutekommen, und Risiken, zum Beispiel beim Datenschutz oder bei der Machtkonzentration einiger weniger Internetkonzerne, begrenzt

werden, um einem potenziellen Machtmissbrauch gerade mit Blick auf die Verletzung von Persönlichkeitsrechten entgegenzuwirken. Die Digitalisierung wird wie jede technologische Revolution dafür sorgen, dass bestehende Tätigkeiten und Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen. Das ist für viele Menschen ein berechtigter Grund zur Sorge. Hier sind wir als Solidargemeinschaft gefragt. Wir wollen uns umso stärker aktiv für neue Jobs einsetzen. Wir werden unsere sozialen Sicherungssysteme auf diesen Wandel einstellen und ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Wir werden dafür sorgen, dass alle gute Bildung genießen können – und zwar ein Leben lang. So können wir es schaffen, dass die Digitalisierung zu einem Gewinn für unser Land wird. Wir wollen einen digitalen Aufbruch, bei dem Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam dafür sorgen, dass wir durch die Digitalisierung unserem Ziel, einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, die sich am langfristigen Wohlstandsgewinn statt an kurzfristigen Profiten orientiert, näher kommen.

Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim KLIMASCHUTZ

Das haben wir vor:

Ausbau der Erneuerbaren, Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle:

Bis 2030 wollen und können wir unseren Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO₂-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln. Wir werden den Kohleausstieg in Einklang zu unseren Zielen 100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 gestalten. Hierfür verwenden wir die Instrumente unseres Kohleausstiegsfahrplans, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten. Mit einem Fonds für den Strukturwandel schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Klimaschutzgesetz: Damit beschreiben wir den Klimaschutzpfad bis 2050 und setzen rechtlich verbindliche und planbare Ziele. Neben Industrie und Energiewirtschaft müssen auch der Verkehr, die Landwirtschaft und der Gebäudesektor ihren Beitrag leisten. Sie sind es, die heute immer noch steigende Emissionen verzeichnen. Werden die Ziele nicht erreicht, muss die Politik nachsteuern. Nur so gelingt es, auf dem Modernisierungspfad zu bleiben.

Divestment vorantreiben: Wer Geld anlegt, kann Einfluss nehmen. Wir sagen: Zieht das Geld aus klimaschädlichen Geschäftsmodellen ab! Unternehmen soll-

ten daher in ihren Jahresberichten ihre Klimarisiken offenlegen. Bund, Länder und Kommunen sollten beim Divestment Vorbild sein. KfW und ihre Töchter sollen internationale Kohleprojekte nicht mehr

ten von Spritschleudern einiger weniger mitbezahlen müssen. Das ist das Prinzip der ökologischen Finanzreform, die wir weiterentwickeln wollen. Solange Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch keinen Preis bekommen, profitieren die Verursacher auf unser aller Kosten. Ökologisch ehrliche Preise belohnen dagegen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Sie setzen Anreize, neue Techniken zu entwickeln und so kommt ein Wettstreit um die beste ökologische Lösung in Gang. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren, wenn langlebige Geräte Neuanschaffungen ersparen und klimafreundliche Heizungen die Stromrechnung senken.

Wir wollen die Wirtschaft ökologisch modernisieren, denn Nichthandeln wird teurer als mutiges Vorgehen. Dürre, Unwetter und Orkane richten bereits heute gigantische Schäden an und sind überall auf der Welt - auch hier bei uns - verstärkt zu spüren.

Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen nicht drastisch reduzieren. Schon heute nehmen weltweit extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Der Meeresspiegel steigt an, Gletscher schmelzen ab und an vielen Orten werden Wassermangel und Trockenheit immer dramatischer. Das Meereis in der Arktis und Antarktis schwindet rasant, die Permafrostböden von Kanada bis Sibirien tauen immer schneller auf.

Doch konsequente Klimaschutzmaßnahmen können eine weltweite Umweltkatastrophe abwenden. Der Wettbewerb um die besten Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels spornt uns an, neue und bessere Technologien zu entwickeln. So können wir zum Beispiel teure Energieimporte (gerade aus autokratisch regierten Staaten) einsparen und Konflikte um Rohstoffe verhindern.

Wenn wir die Klimakrise nicht bewältigen, könnten bis 2050 bis zu 250 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Aber auch hierzulande spüren wir Veränderungen wie häufigen Hagel, Hochwasser, Starkregen, Stürme und eine sich verändernde Tier- und Pflanzenwelt. Das Umweltbundesamt warnt vor extremer Trockenheit und Hitze, vor Überflutungen an Flüssen und der Küsten.

finanzieren. Auf Bundesebene sollen der Fonds für Beamtenpensionen und die Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit ihre Finanzmittel in klimafreundliche Alternativen umschichten.

Ökologische Finanzreform fortführen: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen: In die Preise für Güter und Dienstleistungen soll einfließen, wenn sie Umweltschäden anrichten. Das heißt auch Fehlanreize zu beseitigen wie z.B. bei den Steuervorteilen für umwelt- und klimaschädliche Dienstwagen. Es darf nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger für die Anschaffung und Folgekos-

CO₂-Mindestpreis im Emissionshandel einführen: Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis im Emissionshandel sorgen wir dafür, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen und die Natur nicht länger die Zeche zahlt. Gemeinsam mit Frankreich und anderen wollen wir mit einem CO₂-Mindestpreis vorangehen und auch in Europa dafür kämpfen den Emissionshandel mit einem CO₂-Mindestpreis zu einem wirksamen Instrument weiterzuentwickeln. Mit den zusätzlichen Einnahmen daraus finanzieren wir weitere Klimaschutzmaßnahmen. Wir helfen zum Beispiel, Industrieprozesse kohlenstoffarm zu machen und Gebäude energetisch zu sanieren. Durch eine ehrliche CO₂-Bepreisung, auch außerhalb des Emissionshandels, sorgen wir dafür, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen sowie planbarer werden.

Die europäische Einigung ist eine große historische Errungenschaft und Projekt des Friedens.

Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus. Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und den Weg der europäischen Integration weiter geht. Deshalb wollen wir Europa mit einem Green New Deal für mehr Jobs und besseren Umweltschutz voranbringen. Wir wollen das EU-Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen und mit einem Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika dort neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.

Europas Zusammenhalt

GRÜNER *Stammtisch*

EINLADUNG*

05.10.

Wir laden herzlich alle Mitglieder und Interessierten zum nächsten GRÜNEN **Stammtisch** ein.

Am **05. Oktober**, also wie immer am ersten Donnerstag im Monat, treffen wir uns ab **19 Uhr** im Gdanska (Altmarkt 3) zum lockeren Austausch.

Es grüßt der
GRÜNE Kreisvorstand

Impressum

**BlattGRÜN – Magazin
der Oberhausener GRÜNEN**
Ausgabe 03/2017

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen

V.i.S.d.P.:
Stefanie Schadt (st)

Kontakt Redaktion:
E-Mail: info@gruene-oberhausen.de
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26, 46045
Oberhausen
Tel.: 0208.82 85 75-51, Fax: 0208.82 85 75-52

Druck:
90.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert

Print  kompensiert
Tel-Nr. 1206935
www.bvdm-online.de



Wir wollen es für jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu erreichen. Verkehr 2017 heißt für uns: Immer mehr Menschen steigen um auf Bus, Bahn und Fahrrad – vor allem in den Städten. Deshalb wollen wir einen Mobilpass einführen, mit dem sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing aus einer Hand gebucht und bezahlt werden können. Wir schaffen mehr Radwege und wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Neuwagen zulassen. Denn wer auf das Auto angewiesen ist, muss in Zukunft sauber und umweltfreundlich fahren können.



Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Geflüchtete

Die beste Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Heimat überhaupt erst verlassen zu müssen. Wir geben mehr für die Entwicklungszusammenarbeit. Wer hier Gelder kürzt, verstärkt die Fluchtgründe. Wir setzen darauf, Krisen und Konflikten besser vorzubeugen. Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, der muss bei uns Schutz finden. Das Asylgrundrecht in unserer Verfassung ist eine Lehre aus der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Wir werden das Grundrecht auf Asyl entschlossen und konsequent verteidigen.

Das haben wir vor:

Wir finden uns nicht ab mit einer Politik der Abschottung. Gleichzeitig wollen wir die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa klarer regeln und in geordnete Bahnen bringen.

Ein Neuanfang in der „Fluchtursachenbekämpfung“: Gute Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Heimat überhaupt erst verlassen zu müssen. Wir brauchen hier einen ehrlichen Perspektivenwechsel: Alle wünschen sich eine nachhaltige wirtschaftliche und demokratische Entwicklung in den Herkunftsländern. Wer aber Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit oder für die Konfliktprävention kürzt, verstärkt die Fluchtgründe. Wir Grüne wollen das Gegenteil: wir erhöhen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktprävention.

Mit **legalen und sicheren Wegen für Geflüchtete nach Europa** schaffen wir Alternativen zu Schlepperbanden. Wir wollen die UN-Aufnahmeprogramme aus Flüchtlingslagern (Resettlement-Kontingente) deutlich ausbauen. Wenn wir gleichzeitig Erstaufnahmeländer (wie z. B. Jordanien, den Libanon) darin unterstützen, menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu gewährleisten und den Flüchtlingen eine echte Integrationsperspektive in ihrem Land anzubieten, werden sich weniger Menschen alleine auf den Weg machen oder sich in die Hände von Schlepperbanden begeben. Und schließlich werden wir es wieder ermöglichen, dass gerade auch syrische Bürgerkriegsflüchtlinge

ihre Familien nachholen können. Denn die ständige Sorge und die Angst um die Angehörigen sind ein Hindernis für gelingende Integration.

Zentral ist eine **gute europäische Flüchtlingspolitik**. Wir brauchen ein Ende der Blockade nationalistischer EU-Regierungen gegenüber einem europäischen Verteilungsmechanismus. Dieser soll ja den Interessen der Aufnahmeländer, als auch denen der Flüchtlinge Rechnung tragen. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den Eintrittsländern innerhalb der EU organisiert werden. Das darf aber nicht zu unmenschlichen Flüchtlingslagern wie in den gegenwärtigen Hotspots führen. Die Erstaufnahme muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von Frauen, Kindern, Kranken und besonders verletzlichen Gruppen. Nach der Identifizierung und Registrierung muss die rasche Verteilung in andere Mitgliedsstaaten erfolgen.

Schnelle und faire Asylverfahren liegen im Interesse aller. Hierzu haben wir das sog. Fast & Fair-Verfahren vorgeschlagen: Eine unabhängige und realistische Rechtsberatung wird dabei zum Dreh- und Angelpunkt eines effizienten und rechtsstaatlichen Asylverfahrens. Damit haben lange Wartezeiten für Asylsuchende endlich ein Ende. Nicht jeder der zu uns kommt, wird in Deutschland

bleiben können, aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz seiner Menschenrechte auch infolge einer Ablehnung. Jede Abschiebung ist mit großen menschlichen Härten verbunden. Wird ein Asylantrag abgelehnt und gibt es keine weiteren Gründe, die eine Rückkehr ausschließen (wie gute Integration, Krankheit oder familiäre Situation, Lage im Herkunftsland), hat für uns die freiwillige Rückkehr Vorrang vor Abschiebungen. Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan, sind für uns inakzeptabel. Grundlage der Aufnahme ist eine umfassende **Integration der Geflüchteten**. Integrationskurse müssen am Tag eins beginnen, unabhängig vom Herkunftsland und somit unabhängig von der Bleibeperspektive. Afghanische Flüchtlinge, die wegen der Sicherheitslage in ihrem Land nicht abgeschoben werden können, von Integrationskursen auszuschließen, ist kurzfristig. Im Mittelpunkt stehen der Erwerb der Sprache und der Zugang zu Kita, Schule, Bildung und Arbeit. Alle hier lebenden Geflüchteten brauchen die gleichen Chancen und Rechte. Dazu gehört auch, die Kommunen und Gemeinden zu stärken, so dass sie gemeinsam mit den engagierten Bürger*innen und den Geflüchteten selbst die Integration voranbringen können. Die Willkommenskultur lebt weiter, wir unterstützen sie. Und wir wollen ein **modernes Einwanderungsgesetz** schaffen. Das auch dazu beitragen kann, das Asylsystem zu entlasten.

ZEHN-PUNKTE-PLAN für Grünes Regieren

1. KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen bestimmt unser politisches Handeln. Das Klima zu schützen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Bis zum Jahr 2050 wird die Energieversorgung auch für Gebäude, Mobilität und Industrie ausschließlich aus erneuerbaren Energien erfolgen. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die Deckelung für den Ausbau der erneuerbaren Energien ab und achten dabei auf einen fairen Übergang. Wir führen einen nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung ein. Die Stromsteuer schaffen wir ab und führen im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung ein. Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100 Prozent erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann.

2. E-MOBILITÄT ZUM DURCHBRUCH VERHELFFEN

Eine erfolgreiche Wirtschaft ist in Zukunft erneuerbar, effizient und digital – auch in der Mobilität. Deshalb denken wir sie neu. Ohne Lärm, Abgase und Stau. Wir werden eine intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto, elektromobiler Bahn und ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf den Weg bringen, die auch erschwinglich ist. Dazu gehört für uns, den öffentlichen Fern- und Nahverkehr flächendeckend auszubauen sowie die Infrastruktur für Fahrräder deutlich zu verbessern. Zu einer intelligenten Mobilität gehören auch Autos ohne Abgase. Wir wollen, dass das saubere Auto auch in Deutschland entwickelt und gebaut wird. Deutschland hat dafür weltweit die besten Ingenieurinnen und Ingenieure. Aber es braucht einen ehrgeizigen politischen Rahmen und damit Planbarkeit. Wir beenden die Ära des fossilen Verbrennungsmotors mit klaren ökologischen Leitplanken. Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen und schaffen dafür entsprechend die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der Zukunft. Wir beenden die Subventionen für Spritfresser wie beim Dienstwagenprivileg. Wir kurbeln die E-Mobilität an, indem wir für Neuwagen ein Bonus-Malus-System in die Kfz-Steuer integrieren, von dem profitiert, wer weniger CO₂ ausstößt. Das befördert Innovation und sichert mit deutscher Hightech Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

3. LANDWIRTSCHAFT NACHHALTIG MACHEN

Immer mehr Menschen wollen gesunde Lebensmittel, die im Einklang mit der Natur hergestellt werden. Sie wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere Bö-

den schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft umsteigen – ohne Ackergifte und Gentechnik. Die industrielle Massentierhaltung schaffen wir über die nächsten 20 Jahre ab. Wir setzen Tierschutzstandards per Gesetz durch, die an den Bedürfnissen der Tiere orientiert sind, die Qualzucht und quälnerische Massentierhaltung beenden. Und wir führen eine Haltungskennzeichnung für alle Tierprodukte ein – im ersten Schritt für Fleisch. Wir schichten die europäischen Steuer-milliarden so um, dass Umweltschutz und Tierwohl zu neuen Einkommensmöglichkeiten für Landwirt*innen werden, denn die neue Landwirtschaft gibt es nur mit den Bäuerinnen und Bauern.

4. EUROPA ZUSAMMENFÜHREN

Wir wollen das vereinte Europa stärken. Denn ohne ein vereintes Europa wird es für uns alle weder Frieden noch Wohlstand noch Sicherheit in der globalisierten Welt geben. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europapolitik geben. Denn es braucht Partnerschaft mit Respekt auf Augenhöhe und mehr Solidarität und Nachhaltigkeit statt einseitiger Sparpolitik. Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung und damit allein in Deutschland 30 Milliarden Euro mehr in Verteidigung zu stecken. Wir wollen mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und mehr Entscheidungsrechte für die Parlamente in der Europapolitik. Durch gemeinsame Regeln werden wir Steuerdumping und Geldwäsche wirksam entgegengetreten. Wir kämpfen dafür, dass CETA in dieser Form nicht ratifiziert wird.

5. FAMILIEN STÄRKEN

Wir wollen, dass das Aufstiegsversprechen für alle gleichermaßen gilt. Dazu braucht es faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere Kita-Qualität und intakte und gut ausgestattete Schulen – statt mit der Gießkanne Geld auszugeben. Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit zwölf Milliarden Euro zusätzlich: Das grüne Familien-Budget – mit allem, was dazugehört – stärkt nicht nur Familien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen. Und wir eröffnen damit endlich allen Kindern gute Chancen für ihr Leben – egal wie sie heißen, wo sie wohnen und wer ihre Eltern sind.

6. SOZIALE SICHERHEIT SCHAFFEN

Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt stehen wir vor einem großen Umbruch. Wir wollen dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in Zukunft noch

einlösen kann und damit Abstiegsängsten entgegentritt. Wir wollen soziale Sicherheit, die vor Armut schützt und Teilhabe garantiert – egal ob bei Arbeitslosigkeit oder im Alter. Und wir wollen soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Deshalb bauen wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürger*innenversicherung für alle um. Wir stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin und beteiligen Arbeitgeber*innen wieder paritätisch an den Kosten. Und wir verbessern die soziale Absicherung von Selbständigen.

7. INTEGRATION ZUM ERFOLG FÜHREN, GEFLÜCHTETE SCHÜTZEN

Es ist nicht wichtig, wo jemand herkommt, sondern, wohin sie oder er will. Wer hier glücklich werden will, muss unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen. In unserem gemeinsamen Land gilt das für alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen. Wir legen künftig in unserer Einwanderungsgesellschaft mehr Wert auf Erziehung zur Demokratie für alle Kinder und Jugendlichen. Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsche*r Staatsbürger*in. Wir wollen, dass anerkannte Geflüchtete ihre Familien nachholen dürfen, denn auch das hilft ihnen, sich zu integrieren. Auch sie haben ein Recht, als Familie zusammenleben zu können. Wir stehen für eine humane, menschenrechtsorientierte und zudem gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik ein. Mit uns gibt es keine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Das sind wir unserer Geschichte und unseren Werten schuldig.

8. GLEICHBERCHTIGT UND SELBSTBESTIMMT LEBEN

Auch im Jahr 2017 sind Frauen und Männer immer noch nicht gleichberechtigt. Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir bringen ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg. Alle sollen ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit haben. Und wir durchbrechen die gläserne Decke, an die Frauen in ihren Karrieren viel zu häufig stoßen. Quoten bleiben das wirksamste Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen. Wir wollen die Ehe für Alle auch in Deutschland ermöglichen und das Adoptionsrecht öffnen. Wenn zwei Menschen sich lieben und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann verdient das Respekt. Das sehen in Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben heiraten dürfen. In 22 Ländern weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben das Jawort geben. Warum soll in Deutschland nicht möglich sein, was vielerorts geltendes Recht ist? Das Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land Deutschland.

9. FREIHEIT SICHERN

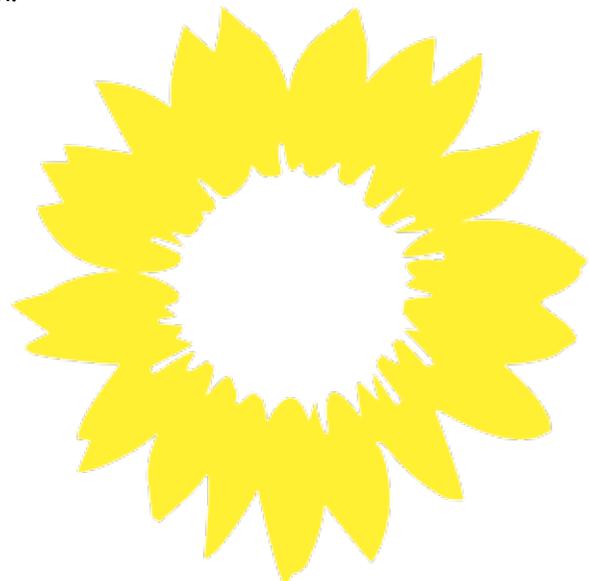
Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Islamistischer Terrorismus ist eine der größten Bedrohungen unserer

Zeit. Rechtsextreme Gewalt und Terror konnten sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten. Frauen sind immer noch in besonderer Form von Gewalt betroffen – sowohl im privaten wie auch öffentlichen Raum, sowohl online wie offline. Rassismus ist immer noch alltäglich und resultiert oft in Gewalt. Geflüchtete, LSBTIQ*, sogar Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Hinzu kommen hetzerisch geführte Debatten, die unsere Gesellschaft spalten und verunsichern. Vielen Menschen macht zu Recht die hohe Zahl der Einbrüche Angst. Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürger*innenrechte reagiert.

Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Wir setzen auf gezielte Überwachung statt massenhaften Ausspähens aller Bürgerinnen und Bürger. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler Bestandteil der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen.

10. FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Doch wir tragen derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen. Deshalb stärken wir mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. Wir wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas beenden und solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die Menschenrechte konsequent schützt und dazu beiträgt, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.



DARUM GRÜN.

**KINDER-
ARMUT
KANN MAN
KLEINREDEN.
ODER GROSS
BEKÄMPFEN.**



DARUM GRÜN.